

# NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt  
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE  
Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 211 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Mittwoch, 11. September 1968

Einzelpreis 30 Pf

## Wirtschaftsvertrag Moskaus mit Prag

### CSRR noch fester an Sowjetwirtschaft gebunden Sowjets liefern jetzt über eine neue Leitung Erdgas

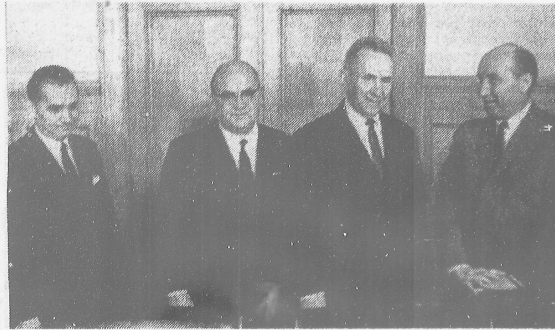
MOSKAU/PRAG (upi/dpa). Der tschechoslowakische Ministerpräsident Oldřich Cernik unterzeichnete gestern in Moskau zusammen mit seinem sowjetischen Kollegen Alexej Kossygin Wirtschaftsvereinbarungen, die für die kommenden Jahre die CSRR fester als bisher an die Wirtschaft der Sowjetunion und der Warschauer-Pakt-Mächte binden.

In Prag kündigte das Mitglied des CSRR-Parteipräsidiums, Zdenek Mlynar, in der Parteizeitung „Rude Pravo“ unpopuläre Gesetze an, wie die Einschränkung der Pressefreiheit und der Freiheit der politischen Betätigung außerhalb des Rahmens der von der KPC dominierten Nationalen Front.

Das in Moskau abgeschlossene Wirtschaftsabkommen sieht die Lieferung von sowjetischem Erdgas in die CSRR und die Zusammenarbeit beim Bau einer Erdgas-Pipeline vor. Außerdem wurde eine Vereinbarung über nicht näher bezeichnete „andere Wirtschaftsfragen“ unterzeichnet. Mit diesen Abkommen macht Prag die Verpflichtungen wahr, die es in Bratislava (Preßburg) und in Moskau im vergangenen Monat eingegangen war, seine wirtschaftliche Entwicklung mit der der Sowjetunion und der Warschauer-Pakt-Mächte zu koordinieren.

Auf tschechoslowakischer Seite hatten außer Cernik der stellvertretende Prager Ministerpräsident Frantisek Hamouz und Außenhan-

delminister Vaclav Vales an die Bevölkerung eine Erklärung herausgegeben, in der sie betont, daß sie die bisherige Politik fortsetzen werde.



EINEN WIRTSCHAFTSVERTRAG unterzeichnete gestern in Moskau der tschechoslowakische Ministerpräsident Oldřich Cernik (rechts). Neben ihm (von rechts nach links) Sowjet-Premierminister Kossygin sowie KP-Sekretär Hamouz (CSRR) und Außenhandelsminister Vales (CSRR), kurz vor Aufnahme der Gespräche im Kreml.

## Moskau: Keine Aktionen gegen Berlin

### Abrassimow gab Westbotschaftern Zusicherung – Verstärkter Druck der Sowjets auf Bonn

LONDON (dpa). Die sowjetische Regierung hat den drei Westmächten nach der Invasion der Tschechoslowakei versichert, daß sie keine Kompensationen in Westberlin wünsche und keine Aktionen gegen die Stadt geplant habe.

Diese Versicherung war in einem Schreiben des Sowjetbotschafters in Ostberlin, Piotr Abrassimow, enthalten, das den Bonner Botschaftern der drei Westmächte am 31. August zugestellt worden ist. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums bestätigte gestern in London, daß Abrassimow diese Zusicherung gegeben hat.

Der Anlaß des Schreibens an die Botschafter der Westmächte war ein sowjetischer Protest gegen eine geplante Kundgebung zum „Tag der Deutschen“ in Westberlin. Nach den Informationen des britischen Außenministeriums hat der sowjetische Botschafter in London, Michail Smirnowskij, bei seinem Gespräch mit Außenminister Michael Stewart die Berlinfrage nicht angeschnitten. Smirnowskij war zweimal im britischen Außenministerium auf seinen Wunsch empfangen worden, um den sowjetischen Standpunkt in der tschechoslowakischen Frage zu erläutern.

Vom Auswärtigen Amt in Bonn wurde gestern erklärt, die sowjetische Regierung habe schon früher zum Ausdruck gebracht, daß es nicht in ihrem Interesse liege, die Lage in und um Berlin zu verschärfen.

Nach dem Motto „der Angriff ist die beste Verteidigung“ haben die sowjetische Regierung und die sowjetische Propaganda ihren Druck auf die Bundesrepublik seit der Besetzung der Tschechoslowakei durch Truppen von fünf Staaten des Warschauer Paktes verstärkt. Nach Ansicht westlicher Beobachter in Mos-

kau verfolgt die Sowjetunion mit ihrer Taktik vornehmlich vier Ziele:

- 1. Von den Ereignissen in der Tschechoslowakei abzulenken.
- 2. Ihrer Intervention das Mäntelchen der Legalität umzuhängen mit der Begründung, Prag sei durch den „westlichen Imperialismus“ besonders aber durch die „aggressive Bundesrepublik“ unmittelbar bedroht gewesen und noch bedroht.
- 3. Vorbeugend diplomatisch und propagandistisch ihre — noch uneingesandene Absicht zu begründen, ihre Truppen auf nicht absehbare Zeit in der Tschechoslowakei zu stationieren.
- 4. Die jetzt gewonnene, günstige militärische Ausgangsposition auf tschechoslowakisches Territorium gegen die Bundesrepublik zu nutzen und die Propaganda bemüht, die Regierung der Bundesrepublik in die Rolle eines Aggressors zu drängen. Aufgabe der sowjetischen Massenmedien ist es gegenwärtig, tagtäglich die gegen den „rheinischen Aggressor“ verwendete Propagandamittel-

herbeizukarren, mit dem Hintergrundgedanken, daß auch im Ausland manches hängenbleiben müsse. Ihre Politik begründet die Sowjetunion neben dem Potsdamer Abkommen auch mit der „Feindstaatenklausel“ der UN-Charta.

Bundesaußenminister Willy Brandt hat mehrfach betont, in dem letzten Aide-Memoire beanspruche die Regierung der UdSSR auf Grund „längst überholter Bestimmungen“ der Charta der Vereinten Nationen über das Verhältnis zwischen Siegern und Besiegten aus dem zweiten Weltkrieg für sich das Recht, auch nach einem feierlichen Gewaltverzicht einseitig Gewalt gegen den Partner des Gewaltverzichts anwenden zu können. Dabei machte Brandt auf die Präambel zu dem — auch von der Sowjetunion unterzeichneten — Atomwaffenvertrags aufmerksam, in der es heißt, „daß die Staaten nach der Charta der Vereinten Nationen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt unterlassen müssen“.

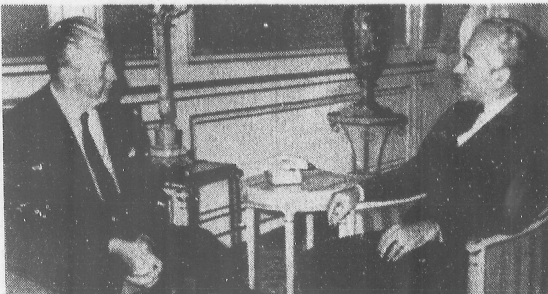
## Kiesinger beim Schah

### Gemeinsames Interesse an Entspannungspolitik

TEHERAN (dpa). Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Schah Reza Pahlawi haben gestern in einem rund zweiwöchigen Gespräch in Teheran ihr gemeinsames Interesse an der Fortsetzung der Entspannungspolitik festgestellt.

Die Ausschreitungen in der Bundesrepublik während des Schah-Besuchs im vergangenen Jahr kamen während des Gesprächs, das in gelockelter Atmosphäre geführt wurde, nicht zur Sprache. Die Tumulte hatten die Beziehungen zwischen Bonn und Teheran belastet. Unbekannt ist, ob das Thema zwischen dem Schah und Kiesinger in einem kurzen anschließenden Gespräch unter vier Augen angeschnitten wurde.

Einen breiten Raum der Besprechungen nahm die Klärung der außenpolitischen Standpunkte beider Länder ein. Der Schah unterstrich, Persien wolle seine Blockfreiheit und seine Unabhängigkeit beim wirtschaftlichen Aufbau sowie in der Sicherheitspolitik wahren. Als einen Beitrag seines Landes auch zur Sicherheit des Westens nannte der Schah die Sicherung des Persischen Golfes durch den Iran. Bundeskanzler Kiesinger wies Schah Reza Pahlawi darauf hin, daß die Bundesrepublik aus Sicherheitsgründen auf die NATO nicht verzichten könne. An einem stärkeren Engagement der deutschen Privatwirtschaft in Iran zeigten sich beide Gesprächspartner gleichermaßen interessiert.



VOM SCHAH EMPFANGEN wurde Bundeskanzler Kiesinger (links) gestern in der persischen Hauptstadt Teheran. Kiesinger wird noch zwei Tage in Iran bleiben und dann nach Afghanistan, der dritten und letzten Station seiner Reise in den Mittleren Osten, weiterreisen.

## Mehr Mittel für Forschung

BONN (dpa). Durch Erhöhungen und neue Ansätze steigt der Etat des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung im Jahre 1969 um 256,4 auf 2178,7 Millionen Mark.

Allein für den Ausbau wissenschaftlicher Hochschulen werden, wie Bundesforschungsminister Gerhard Stoltenberg gestern vor Pressevertretern in Bonn berichtete, 100 Millionen Mark mehr als 1968 ausgegeben. Für diesen Ausbau gibt der Bund im nächsten Jahr 730 Millionen Mark. Er stellt ferner 25 Millionen Mark für neue medizinische Akademien bereit.

Die Mittel für die Deutsche Forschungsgemeinschaft werden von 66,8 auf 99,3 Millionen Mark erhöht. Die Max-Planck-Gesellschaft bekommt 122 Millionen Mark statt 107 Millionen Mark im laufenden Jahr. Für die Sonderforschungsbereiche wird mit zehn Millionen Mark doppelt soviel ausgegeben wie 1968. Die Datenverarbeitung wird mit 48 Millionen Mark und nochmals 16 Millionen Mark für regionale Rechenzentren und für Sonderentwicklungen, wie etwa auf dem Gebiet der nuklearen Datenverarbeitung, gefördert. Im gesamten Bundeshaushalt stehen für die Datenverarbeitung zusammen mit den Programmen des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesverteidigungsministeriums rund 130 Millionen Mark zur Verfügung. Für neue Technologien, unter anderem für Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Energiewandlung durch Brennstoffzellen und im Bereich der Werkstoffe, werden erstmals 6,7 Millionen Mark bereitgestellt.

## Johnson und Rusk befürchten Bedrohung

WASHINGTON (dpa). Der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson und Außenminister Dean Rusk haben gestern nachdrücklich auf die Folgen der sowjetischen Invasion in der CSSR hingewiesen. In einer außenpolitischen Rede vor der Veteranenvereinigung „American Legion“ in New Orleans unterstrich Johnson, daß die Unabhängigkeit der Nationen noch immer bedroht sei. Der freie Teil der Welt werde nur überleben, wenn er seine Stärke erhalte und zu einer Einheit zusammenwache.

Schärfer als Johnson wandte sich Außenminister Rusk gegen das Vorgehen der Sowjets, das nach seiner Ansicht die Beziehungen zwischen Moskau und Washington schwer geschädigt hat. Rusk unterstrich jedoch gleichzeitig vor Journalisten in Washington, daß sich in der gegenwärtigen Situation nicht alles in Richtung auf eine „völlige Feindseligkeit“ entwickle. „Die anderen wichtigen Weltprobleme blieben trotzdem auf der Tagesordnung. Rusk nannte als Beispiele die Begrenzung des Raketen-Wettlaufes, Vietnam und Nahen Osten.“

## Österreichs Soldaten sollen länger dienen

WIEN (upi). Der österreichische Bundesminister für Verteidigung, Georg Prader, schlug gestern im Ministerrat in Wien eine Verlängerung der Dienstzeit der Soldaten des österreichischen Bundesheeres vor, die am 15. September aus dem Dienst entlassen würden. Als Begründung gab Prader an, mit dieser Verlängerung würde der gegenwärtigen Situation Rechnung getragen. Der Antrag wurde auch an den österreichischen Bundespräsidenten gerichtet.

In dem Antrag Praders hieß es, daß „für alle Wehrpflichtigen, die ab 15. September 1968 in die Reserve zu versetzen wären, die Rückversetzung in die Reserve bis 27. Oktober 1968 aufzuschieben“ sei.

## Endgültige Quoten

LOTTO: Gewinnkl. 1: 500 000,— DM, Gewinnkl. 2: 263 254,35 DM, Gewinnkl. 3: 6307,95 DM, Gewinnkl. 4: 94,35 DM, Gewinnkl. 5: 4,15 DM.

TOTO: Ergebniswette: 1. Rang: 147 626,40 DM, 2. Rang: 1767,95 DM, 3. Rang: 155,35 DM. — Auswahlwette „6 aus 39“: 1. Rang: 18 662,55 DM, 2. Rang: 9331,25 DM, 3. Rang: 145,65 DM, 4. Rang: 6,35 DM, 5. Rang: 1,35 DM. (Ohne Gewähr)

delminister Vaclav Vales an die Verhandlungen in Moskau teilgenommen. Neben Kossygin saßen der erste stellvertretende Ministerpräsident Kyrill Masurow, der stellvertretende Ministerpräsident Wladimir Kirillin und Außenminister Andrej Gromyko am Verhandlungstisch.

Cernik war mit seiner Begleitung gestern nach Moskau zu den Verhandlungen gekommen. Bereits nach rund sieben Stunden trat die CSRR-Delegation nach Angaben aus tschechoslowakischen Kreisen wieder den Rückflug nach Prag an.

In Prag nehmen politische Beobachter an, daß Cerniks Mission in Moskau nur eine vorbereitende Phase in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern bedeutete. Gewöhnlich gut unterrichtete Kreise wiesen darauf hin, daß der Sonderbotschafter des Kreml, der stellvertretende Außenminister Kusnezow, nach wie vor in Prag ist und es den Anschein hat, als bleibe er noch längere Zeit. Prager Stellen verweisen immer wieder darauf, daß die Sowjetunion die Lage in der CSRR nie richtig eingeschätzt habe, und auch jetzt noch nicht ihre Meinung ändern wolle.

Die Regierung in Prag hat gestern